



„Wir arbeiten über Förderung anderer“

Anne Duncker von der Stiftung Mercator über die Europa-Strategie der Stiftung und die Vehikel-Funktion der Wissenschaft dabei.

duz Welche Rolle spielt die Wissenschaft, wenn Sie sich im politischen Brüssel einbringen?

Duncker Ein Ziel der Stiftung ist ja, den Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit in Europa zu stärken. Wir arbeiten dabei in der Regel nicht operativ, sondern über die Förderung anderer. Das heißt, dass wir beispielsweise wissenschaftliche Untersuchungen zu uns wichtig erscheinenden Problemfeldern unterstützen, damit auf der Basis der Studienergebnisse Handlungsempfehlungen für die europäische Politik entstehen.

duz Geben Sie uns ein Beispiel, wie das konkret aussieht?

Duncker Wir fördern seit Längerem Gerald Knaus, den Architekten des sogenannten „Merkelplans“ für die Flüchtlingspolitik. Er untersucht in seinem Thinktank das Migrationsphänomen unserer Zeit und betreibt in Brüssel auf der Grundlage seiner Ergebnisse politische Lobbyarbeit für eine menschliche Flüchtlingspolitik. Ein anderes wichtiges Projekt, das wir fördern, behandelt das Thema Zusammenhalt in Europa. Die Ergebnisse zeigen, dass der individuelle Austausch zwischen Menschen, etwa über Reisen, zu einem besonders starken Zusammengehörigkeitsgefühl führt. Allerdings: Wenn eine gezielte Begleitung fehlt, etwa das Erklären von kulturellen Eigenheiten, kann der Schuss auch nach hinten losgehen.

duz Wie erreichen Sie mit diesen Ergebnissen das politische Brüssel?

Duncker Über unseren strategischen Partner, den European Policy Center, versuchen wir in Brüssel regelmäßig Entscheidungsträger zu treffen, also Abgeordnete, Kommissionsvertreter oder Kollegen aus dem Europäischen Auswärtigen Dienst, und unsere Ergebnisse und Erkenntnisse an sie heranzutragen. Und wir tun uns mit anderen zivilgesellschaftlichen Kräften zusammen, haben beispielsweise gerade zusammen mit knapp 20 Stiftungen einen Fonds für Demokratie gegründet, aus dem einschlägige Projekte gefördert werden können.

duz Sie setzen sich für den Austausch mit der Türkei ein. Warum?

Duncker Tatsächlich ist ein Schwerpunkt unserer Förderarbeit das Engagement für den europäisch-türkischen Austausch, gerade auch in der Wissenschaft. Wir fördern Fellowship-Programme oder auch gemeinsame Konferenzen zu den unterschiedlichsten Themen und Fächern, damit Kontakte aufgebaut und verfestigt werden können. Denn auch wenn ein Beitritt der Türkei in die Europäische Union derzeit in weite Ferne gerückt ist, würden doch die Auswirkungen einer kompletten Eiszeit in den Beziehungen unabsehbare Folgen haben.

Interview: Dr. Angela Lindner

Dr. Anne Duncker

leitet in der Stiftung Mercator seit 2012 den Bereich Europa.
anne.duncker@stiftung-mercator.de

Neuer Bildungstrichter zeigt bekanntes Defizit

HANNOVER Die Bildungschancen sind in Deutschland nach wie vor sehr ungleich verteilt und hängen immer noch stark vom Bildungshintergrund des jeweiligen Elternhauses ab. Das zeigt der neue „Bildungstrichter“ des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Von 100 Kindern aus Akademikerfamilien beginnen 79 ein Hochschulstudium. Hingegen nehmen nur 27 von 100 Kindern aus Nicht-Akademiker-Haushalten den Sprung an eine Hochschule. Und nur zwölf Prozent der Kinder, deren Eltern über keinen beruflichen Abschluss verfügen, gehen an eine Hochschule. Doch wenn ein Elternteil einen Berufsabschluss hat, steigt der Anteil der studierenden Kinder bereits auf 24 Prozent. Hat mindestens ein Elternteil das Abitur geschafft, beträgt die Hochschulbeteiligung 48 Prozent eines Jahrgangs. Nach der Studie liege eine Ursache für die Chancenungleichheit darin, dass „Familien mit geringerem Bildungshintergrund häufig dazu tendieren, die Kosten für höhere Bildung zu überschätzen und Bildungserträge zu unterschätzen“.

Zulagenaffäre Konstanz weitet sich aus

KONSTANZ An der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung seien an 30 Hochschulbeschäftigte über fünf Semester 89 Lehraufträge verteilt worden, schreibt die Stuttgarter Zeitung Anfang Mai. Das gehe aus einer Antwort von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) auf einen SPD-Parlamentsantrag hervor; die Aufarbeitung veruntreuter Gelder sei allerdings noch nicht abgeschlossen. Nach Ansicht des Ministeriums vergab das Hochschulpräsidium ebenfalls ohne rechtliche Grundlage an 70 Professoren Zulagen (duz MAGAZIN 03/2018, S. 24–26).